

POSTULAT von Laurenz Styger (SVP, Zürich) und Vilmar Krähenbühl (SVP, Zürich)
betreffend Weiterbeschäftigung von abgewiesenen Asylbewerbern

Der Regierungsrat wird eingeladen, abgewiesene Asylbewerber, welche im Arbeitsprozess sind, bis zum Vollzug der Ausschaffung am angestammten Arbeitsort zu belassen.

Laurenz Styger
Vilmar Krähenbühl

Begründung:

Sobald ein Asylgesuch abgelehnt wird, ist es offensichtlich heutige Praxis, dass dem Arbeitgeber dies mitgeteilt und gleichzeitig eine Weiterbeschäftigung des abgewiesenen Asylbewerbers untersagt wird. Da zwischen der Abweisung des Asylbewerbers und der eigentlichen Ausschaffung bis zu mehreren Monaten vergehen können, fällt dieser Asylbewerber, obwohl normalerweise arbeitsfähig und arbeitswillig, der Fürsorge zur Last. Statt einer sinnvollen Beschäftigung nachzugehen, die unter normalen Umständen Schweizer sowieso nicht gewillt sind auszuführen, fällt er dem Staat und damit dem Steuerzahler zur Last. Die Praxis ist deshalb dahingehend zu ändern, dass der Asylbewerber bis zur eigentlichen Ausschaffung weiter beschäftigt werden kann.